

Bericht über meinen Besuch in Athen am 5. bis 7. März 2018

Am 05. bis 07. März dieses Jahres habe ich nach längerer Zeit wieder Athen besucht, diesmal in meiner Eigenschaft als Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Schwerpunkt Europa- und Wirtschaftspolitik. Mit im Gepäck hatte ich das neue Griechenlandinfo-Projekt, eine zweimonatlich erscheinende 16-seitige Zeitungsbeilage, die sich ausschließlich mit Griechenland befassen wird, mit dem Ziel, mit Hilfe meiner dortigen Kontakte der deutschen Öffentlichkeit objektive Informationen über die griechische Politik zugänglich zu machen. Mit im Team war Anne Schindler, Projektkoordinatorin der Zeitung OXI – Wirtschaft anders denken.

Meine Gespräche begannen prompt mit Giannis Dragasakis, als Vizepräsident der Regierung zuständig für die Koordinierung der Regierungsarbeit, der mir zudem die Ehre machte, mich an seinem ersten Arbeitstag in seinem zusätzlichen neuen Amt als Wirtschaftsminister nach der jüngsten Regierungsumbildung zu empfangen. Wie auch meine weiteren Gesprächspartner zeigte er sich sehr an der Person des neuen Bundesfinanzministers interessiert, ebenso wie an der Situation der Partei DIE LINKE nach der Bundestagswahl. Dem Griechenlandinfo-Projekt sicherte er seine volle Unterstützung zu.

Daraufhin traf ich mich in den Räumlichkeiten des Instituts für Alternativpolitik (ENA) mit dessen wissenschaftlichen Leiter Nikos Erinakis, der mir von einer öffentlichen Veranstaltung über die Perspektiven Europas vor dem Hintergrund der deutschen und französischen Wahlen im vergangenen Jahr in Athen, zu der ich als Redner eingeladen war, bekannt ist.¹ Er stellte die Arbeit des Instituts vor, das mittlerweile seine erste Aufbauphase hinter sich hat und sich um eine Vernetzung linker Kräfte in Europa und insbesondere auf dem Balkan bemüht. Das Problem, dass aus Griechenland, allein sprachlich bedingt, mangelnde Informationen herausdringen, was die Mainstream-Medien den öffentlichen Diskurs bestimmen lässt, ist ihm bewusst. Daher veröffentlicht das Institut seine monatlich erscheinenden Textsammlungen über Europa- und Wirtschaftspolitik weitestgehend auch in englischer Sprache.² Auch hier wurde mir volle Unterstützung für das Griechenlandinfo-Projekt zugesichert, ebenso wie der Wille nach einer Zusammenarbeit linker Kräfte aus Deutschland und Griechenland in Form von Workshops, öffentlichen Veranstaltungen etc. in beiden Ländern.

Es folgte ein Treffen in besonders herzlichem Klima mit Finanzminister Efkleidis Tsakalotos und der Generalsekretärin für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium Eleni Papadopoulou. Ihren Gesichtern war förmlich anzusehen, dass das Land die schmerzhaftesten – und teils sicherlich ungerechten und aufgezwungenen Reformen – hinter sich hat. Dies war nicht immer so; bei früheren Treffen, die teils während der Verhandlungen mit der Troika bzw. den Institutionen aus Europäischer Kommission, IWF, EZB und ESM stattfanden, war der enorme Druck, der auf diesen Menschen lastete, mehr als spürbar. Wie bei meinen anderen Treffen hatte ich den Eindruck, dass mein nicht nachlassendes Interesse für eine Kooperation mit der griechischen Linken auch nach meinem Ausscheiden als MdB sehr geschätzt wird. Unsere Gespräche drehten sich um die Perspektiven für Europa nach den Vorstößen des französischen Präsidenten Macron

¹ Ein Videomittschnitt mit meinem Redebeitrag ist hier zu finden: <https://youtu.be/STji5BNmIOs>.

² Die englischsprachigen Inhalte der Website des Instituts befinden sich hier: <http://www.enainstitute.org/en/>.

und um eine Einschätzung der Rolle, welche die SPD in der neuen Großen Koalition spielen wird. In Bezug auf Letzteres musste ich entstandene Hoffnungen leider dämpfen. Für eine Wiederholung der sehr erfolgreichen öffentlichen Veranstaltung „Europa am Scheideweg“ in Berlin im Dezember 2016, bei der Tsakalotos, Arbeitsministerin Achtsioglou, Gesine Schwan, Jürgen Trittin und ich gemeinsam auf dem Podium saßen, wurde ebenfalls großes Interesse gezeigt.³

Es folgte mein erstes Treffen mit dem Minister für Infrastruktur und Transport Christos Spirtzis in Begleitung der Leiterin des Verbindungsbüros Griechenland der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Maria Oshana. Vielleicht lässt sich das Hauptthema unserer Gespräche erraten: die Situation in den (zwangs)privatisierten griechischen Regionalflughäfen, die an Fraport, ein Unternehmen mit Beteiligung des Landes Hessen, veräußert/„privatisiert“ wurden. Tatsächlich zeigte sich in unserem Gespräch, dass diese Privatisierung den Flughafenbetrieb in keinerlei Form verbessert hat (eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein). Noch schwerwiegender ist aber, dass sie zugunsten der bestehenden engen Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Akteure aus dem konservativen Lager um- und durchgesetzt wurden – um es diplomatisch auszudrücken. Vor diesem Hintergrund von einer Bekämpfung von Korruption per (Zwangs)privatisierung zu sprechen, wäre auf jeden Fall mehr als naiv. Näheres dazu wird es sicher im Griechenlandinfo geben.

Der 6. März begann mit einem Treffen mit der Staatssekretärin für Finanzen Katerina Papanatsiou. Unsere Gespräche drehten sich um die eingeleitete Kooperation ihres Hauses mit dem Finanzministerium des Landes Brandenburg mit dem Schwerpunkt des Aufbaus einer griechischen Steuerakademie und über in Griechenland angewandte Methoden zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Hier verstärkte sich mein Eindruck aus unseren vorherigen Treffen: Im Gegensatz zu den Behauptungen im medialen Diskurs in Deutschland gibt es in Griechenland enorme Bemühungen zur Bekämpfung dieser Phänomene und bei den einfallsreichen Methoden ist man dort in mancher Hinsicht viel weiter als bei uns. Mein Ansatz bei meinen Griechenlandbesuchen bestand auch immer darin, nicht lehrreich und mit erhobenem Zeigefinger „helfen“ zu wollen, sondern auch bereit zu sein, von Griechenland zu lernen. Und in diesem sehr technischen Bereich gibt es in Deutschland durchaus Nachholbedarf.

Nach diesem Termin fand ein Interview mit der Athener Presseagentur statt. Ein kurzer Ausschnitt folgt:⁴

F: Die SPD behauptet, der neue Koalitionsvertrag trage einen sozialdemokratischen Abdruck...

A: In Europaangelegenheit ist ein gewisser Eintritt in ein „Post-Schäuble-Zeitalter“ erkennbar, das muss gesagt werden. Ein wahrer Wandel kann jedoch nur zustande kommen, wenn die strikte Austerität beendet wird, wenn es ein europäisches Investitionsprogramm und eine klare Aufstockung der EU-Mittel gibt. Derzeit sehe ich nicht, dass irgendetwas davon in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen wurde, geschweige denn, dass es umgesetzt wird...

F: Martin Schulz hatte triumphal das Ende der Austerität und einen Neubeginn für Europa vorangekündigt. Sehen Sie nicht, dass dies Olaf Scholz geschehen wird?

³ Eine Dokumentation der Veranstaltung einschließlich Audio-Mitschnitt befindet sich hier: <https://www.rosalux.de/dokumentation/id/14362/europa-am-scheideweg/>.

⁴ Das vollständige Interview (in griechischer Sprache) ist hier zu finden: <https://left.gr/news/axel-troost-anagnorisimi-sta-eyropaika-themata-i-meta-soimple-epohi-ston-neo-synaspismo-tis>.

A: Martin Schulz ist nicht mehr präsent und Olaf Scholz gehört zu den konservativsten Sozialdemokraten; ich glaube nicht, dass er es tun wird. Dennoch müssen wir dafür kämpfen und sehen, ob wir den Ideen von Herrn Macron und der Europäischen Kommission Schwung verleihen können, damit sie zumindest ansatzweise umgesetzt werden.

Am Abend des 6. März nahm ich dann mit der SPD-Politikerin Gesine Schwan, der Vizepräsidentin der Frauenvereinigung der Sozialdemokratischen Partei Europas Zefi Dimadama, dem Geschäftsführer des Archivs für Zeitgenössische Sozialgeschichte (ASKI) Kostis Karpozilos und dem Präsidenten des griechischen Instituts für Bildungspolitik Gerasimos Kouzelis an einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung des griechischen Parlaments gemeinsam organisierten Podiumsdiskussion mit dem Titel *Wie geht Europa solidarisch? Perspektiven für ein solidarisches Miteinander in Europa* teil. Außer europa- und wirtschaftspolitischen Fragen drehte sich die Diskussion auch um Gesine Schwans Konzept der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten durch die Kommunen gegen finanzielle Anreize (ein möglicher Weg, rechtspopulistische Hetze in den höheren politischen Ebenen zu umgehen), wobei sie in der sehr lebhaften Diskussion mit dem Publikum auch mit der Wut eines Zuschauers über die bisherige bundesdeutsche Griechenlandpolitik konfrontiert wurde (und diese überzeugend entkräften konnte). Mit vielen ehemaligen und aktiven MinisterInnen und StaatssekretärInnen im Publikum nahm die weitere Diskussion jedoch eher besonnene Töne an.⁵

Am Morgen des 7. März stand eine ganz eigenartige Erfahrung auf dem Programm: der Prozess gegen die „Goldenen Morgenröte“. Diese Partei ist im griechischen Parlament vertreten und orientiert sich eher am klassischen Nationalsozialismus und den Aktionstaktiken der SA (!) als an heutigen Formen des Rechtsextremismus. Die griechische Rechtsordnung sieht allerdings kein Parteiverbotsverfahren vor. Da jedoch mehrere Mitglieder der Führungsriege der Partei rechtskräftig wegen organisierter, immer nach demselben Muster ablaufender Gewalttaten verurteilt wurden und weitere Verfahren anhängig sind, wurde die komplette Führungsriege der Organisation nach langer Zeit staatlicher Duldung nach dem regulären Strafrecht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. So entstand die kuriose Situation einer zugelassenen politischen Partei, die gleichzeitig als mutmaßliche kriminelle Vereinigung vor Gericht steht. Das Verfahren findet teils in einem einst für den Prozess gegen die linke Terrororganisation „17. November“ speziell eingerichteten Raum der Justizvollzugsanstalt Korydallos statt. Nach strikter Einlasskontrolle gelangten wir in den Gerichtsraum, in dem am Tag meines Besuchs, Videos mit Übergriffen der Organisation projiziert wurden. Neben uns saß ein sogenannter „Stoßtrupp“ der Morgenröte: eine sechsköpfige Gruppe junger Männer, die uns andauernd feindlich anschaute. Ihr war offenbar von der Führung der Organisation die Rolle der Aufpasser, ohne aktiv einzugreifen, zugewiesen worden. Angeführt wurde sie von jemandem, der den Eindruck eines Schlägers der allerbrutalsten Sorte machte; während es für die jüngeren Mitglieder der Gruppe eventuell noch Ausichten auf eine Besinnung geben mag, scheint für gewisse Menschen alle Hoffnung verloren zu sein. Hinter uns saß die Mutter des 2013 von der Morgenröte ermordeten antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas (alias Killah P.), die alltäglich diese Blicke

⁵ Das Video der gesamten Veranstaltung, aufgezeichnet vom TV-Sender des griechischen Parlaments, gibt es hier (mit der griechischen Tonspur der Simultanverdolmetschung): <https://www.youtube.com/watch?v=37Wla6F8ZPo>. Einen Artikel der Zeitung *Epochi* über die Veranstaltung (in griechischer Sprache) gibt es hier: <http://epohi.gr/h-europi-sto-dromo-tis-allileggiis/>.

ertragen muss. Die Rechtsanwälte der Nebenklage, die ausschließlich Gewaltopfer der Morgenröte (Migranten, Gewerkschaftler) vertreten, tun dies übrigens ehrenamtlich und stecken in finanziellen Schwierigkeiten. Über meinen Newsletter habe ich bereits zu Spenden aufgerufen, hier sind nochmal die Kontodaten des Vereins zur Verteidigung von Opfern faschistischer und rassistischer Gewalt: *Inhaber: Yperaspisi Thymaton Fasistikis kai Ratsistikis Vias, IBAN: GR25 0172 0320 0050 3207 2245 251, SWIFT-BIC: PIRBGRAA, Bank: Piraeus Bank, Betreff: Gia tin Politiki Agogi („für die Nebenklage“).*⁶

Der Kontrast zwischen dem tristen Gerichtssaal im Gefängnis und dem darauf folgenden Interview mit CNN Greece in der Hotellobby hätte nicht größer sein können. Ein Auszug des Interviews mit einem Journalisten, der mich durch seine Sachkenntnis und gute Vorbereitung beeindruckte:⁷

F: Viele glauben, dass die Neuaufgabe der Großen Koalition in Deutschland das Ende der SPD, so wie wir sie heute kennen, bedeuten wird. Sind Sie mit dieser Meinung einverstanden? Warum zeigt die SPD solch eine Abscheu vor Ihrer Partei?

A: Das sind zwei verschiedene Fragen, ich beginne mit der ersten. Da bin ich nicht so pessimistisch. Ich glaube, dass die SPD Strategien entwickeln wird, um zu zeigen, dass sie über Alternativlösungen verfügt. Insbesondere nach der Europawahl glaube ich, dass ein Konflikt innerhalb der Großen Koalition mit der CDU in Bezug auf 2 bis 3 Themenbereiche entstehen kann. Es ist auch möglich, dass die SPD in etwa zwei Jahren eine Regierungskrise verursacht und dass es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt. In dieser Bundestagswahl würde sie sich dann als der progressive Teil der Bundesregierung darstellen.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Linken gehöre ich persönlich zu jenen, die sich schon immer für eine Zusammenarbeit dieser Parteien, auch mit den Grünen, aussprachen. Deswegen bin ich Mitbegründer des Instituts Solidarische Moderne, an dem sich Politiker aus den drei Parteien beteiligen. Würde man die Sozialdemokratin Gesine Schwan und den LINKEN Axel Troost nehmen, glaube ich, dass wir beide einen Koalitionsvertrag über Nacht aushandeln könnten. Dennoch sind die Beziehungen der beiden Parteien schwierig, vielleicht weil man aus der SPD sehr oft in die Richtung von Herrn Lafontaine schaut, den sie als Verräter ansehen.

Auch gibt es in beiden Parteien Strömungen, und zwar starke, die keine Zusammenarbeit möchten und diese behindern. Trotzdem glaube ich, dass es innerhalb der kommenden vier oder fünf Jahren möglich sein wird, die Zusammenarbeit der beiden Parteien zu intensivieren. Auf Landesebene bestehen bereits Koalitionsregierungen, da können noch weitere hinzukommen.

In Deutschland ist nun klar, dass es auf absehbare Zeit keine Mehrheit für SPD und Grüne geben wird, weder rechnerisch noch inhaltlich. Deswegen glaube ich, dass die LINKE und die Sozialdemokratie realisieren werden, dass eine andere Politik für Deutschland, die das Vertrauen der Mehrheit der Wähler genießt, nur durch eine Zusammenarbeit der beiden Parteien entstehen kann.

⁶ Englischsprachige Informationen vom / über den Verein der Rechtsanwälte der Nebenklage gibt es hier: <https://jailgoldendawn.com/international/>, englischsprachige Informationen der Prozessbeobachter aus dem antifaschistischen Spektrum hier: <http://goldendawnwatch.org/?lang=en>.

⁷ Das gesamte Interview (auf Griechisch) ist hier erschienen: <http://www.cnn.gr/focus/story/122040/axel-troost-oi-anagkes-epivaloyn-synergasia-aristeras-sosialdimokratias>.

Mein letzter Gesprächstermin war bei meinem alten Bekannten und Stellvertretenden Außenminister Giorgos Katrougkalos. Er ist zuständig für europäische Angelegenheiten und internationale Wirtschaftsbeziehungen. Das Griechenlandinfo-Info traf auf seine begeisterte Zustimmung, während sich unsere Gespräche auch um die Beziehungen mit dem unter der Erdogan-Regierung vollkommen unberechenbar gewordenen NATO-Partner Türkei drehten. Wir sprachen auch den Namensstreit mit Mazedonien an, ein Vermächtnis der Vorgängerregierungen, den die jetzige Regierung sehr bemüht ist, vor dem widrigen Hintergrund nationalistischer Massenkundgebungen gegen jeden Kompromiss im Einvernehmen zu lösen. Ähnlich wie bei der sogenannten Flüchtlingskrise in Deutschland ist dieser irrsinnige Streit um den Namen „Mazedonien“ ein Paradebeispiel dafür, wie der aus ganz anderen Ursachen entstehende Unmut der Bürger in Richtung Nationalismus kanalisiert wird.

Abschließend kann ich über meinen letzten Athen-Besuch erfreut feststellen, dass das teils mühevoll Knüpfen von Kontakten der vergangenen Jahre Früchte getragen hat. Kommunikationskanäle sind hergestellt, Vertrauen ist aufgebaut worden. Die auf mich zukommende Aufgabe, über das Griechenlandinfo-Projekt objektive Informationen über Griechenland und griechische Politik in Deutschland zugänglich zu machen, erwarte ich mit Freude. Sicherlich konnte die aktuelle unter Zwang stehende griechische Regierung die Erwartungen vieler Linker nicht erfüllen. Schaut man aber genau hin, kann festgehalten werden, dass unter extrem widrigen Bedingungen doch kleine aber bemerkenswerte Erfolge gelungen sind. Diese möchte das Griechenlandinfo-Projekt ebenso wie die Misserfolge dem linken deutschen Publikum nahe bringen, auch um die Kommunikation zwischen den linken Bewegungen beider Länder zu fördern. Angesichts der für 2019 vorgesehenen griechischen Wahlen müssen auch die deutschen Linken aktiv dafür arbeiten, dass in Europa kein weiteres Land an die nationalistische und populistische Rechte verloren geht, wie Polen, Ungarn, Österreich und zuletzt Italien. In Griechenland hat der rechtsnationalistische Flügel der konservativen Volkspartei Nea Dimokratia die Partei vollkommen unter seine Kontrolle gebracht, während eine Partei, die sich offen auf Adolf Hitler beruft und als mutmaßliche kriminelle Vereinigung vor Gericht steht, laut Umfragen fast 10% der Wählergunst für sich gewinnen kann. In Zeiten, in denen das politische Geschehen von Politikern wie Erdogan, Orban und Putin geprägt wird, geht es in Europa um viel mehr als um das Beharren auf eigene Positionen. Gebraucht wird Solidarität. Durchaus kritische Solidarität. Und diese versuche ich durch meine Kontakte, durch Austausch und durch gegenseitiges Verständnis ebenso wie durch die Akzeptanz von bestehenden Meinungsunterschieden zu stärken.

Dr. Axel Troost, März 2018